Stadt Kitzingen

Bebauungsplanverfahren Nr. 58

„Hoheim – Fröhstockheimer Straße“, 2. Änderung, im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

Gemeinsame Abwägungsvorlage über die Stellungnahmen, Anregungen und Hinweise zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Fachbehörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Aufgestellt: 03.12.2014

Stadt Kitzingen – Stadtbauamt
Sachgebiet Stadtplanung

A. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 22.10.2014 an der Planung beteiligt und über die Offenlage benachrichtigt:

Amt für Ländliche Entwicklung	Würzburg	Würzburg
Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Kitzingen	Kitzingen
Bayer. Bauernverband	Geschäftsstelle Unterfranken	Würzburg
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege	Dienststelle Bamberg, G23-Bauleitplanung	Memmelsdorf
Bayernwerk AG		Schweinfurt
Bund Naturschutz in Bayern e.V.	Kreisverband Kitzingen, Herr Engelhardt	Kitzingen
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr		Bonn
Deutsche Post AG	Bau- und Immobilien Center Süd-Ost	Nürnberg
Deutsche Telekom Technik GmbH	FRef PTI	Würzburg
Direktion für ländliche Entwicklung		Würzburg
Ev.-Luth.-Kirche	Dekanat Kitzingen	Kitzingen
Ferngas Nordbayern		Nürnberg
Fernwasserversorgung Franken		Uffenheim
Fränkisches Überlandwerk AG		Nürnberg
Freiwillige Feuerwehr Kitzingen	Herrn Stadtbrandinspektor Ungerer	Kitzingen
Gemeinde Großlangheim		Großlangheim
Gemeinde Schwarzach	Gemeinde Hörblach	Schwarzach
Handwerkskammer für Unterfranken		Würzburg
Industrie- und Handelskammer	Würzburg-Schweinfurt	Würzburg
Kath. Pfarramt St. Johannes		Kitzingen
Kommunalgas Nordbayern		Bamberg
Kompetenzzentrum für Baumanagement - BAIUDBw	Referat K 4	München
Kreisjugendring Kitzingen		Kitzingen
Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.		Hilpoltstein
Landesjagdverband Bayern e.V.		Feldkirchen
Landratsamt Kitzingen	SG Stadtplanung, Herrn Goller	Kitzingen
Landratsamt Kitzingen	Herrn Kreisbrandrat Roland Eckert	Kitzingen
Licht-, Kraft- und Wasserwerke	Kitzingen	Kitzingen
N-Energie		Nürnberg
PLEdoc GmbH		Essen
Regierung von Oberfranken	Bergamt Nordbayern	Bayreuth
Regierung von Unterfranken	Höhere Landesplanungsbehörde	Würzburg
Regierung von Unterfranken	Gewerbeaufsichtsamt Würzburg	Würzburg
Regionaler Planungsverband		Karlstadt/Main
Stadt Kitzingen	SG 63 Tiefbau	Kitzingen
Stadt Kitzingen	SG 30 Ordnungsamt	Kitzingen
Stadt Mainbernheim		Mainbernheim
Stadtheimatpfleger	Dr. Harald Knobling	Kitzingen
Vermessungsamt Würzburg	Außenstelle Kitzingen	Kitzingen
VG Iphofen	Gemeinde Rödelsee	Iphofen
VG Kitzingen	Gemeinde Sulzfeld	Kitzingen
VG Marktbreit	Stadt Marktstett	Marktbreit

Keine Äußerung innerhalb der gesetzten Frist (28.11.2014):

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt und machten von ihrem Recht, sich zur Planung zu äußern, keinen Gebrauch oder gaben keine Anregungen bzw. Hinweise. Somit kann davon ausgegangen werden, dass wahrzunehmende öffentliche Belange der jeweiligen Institution nicht berührt werden und Einverständnis mit der vorliegenden Planung besteht.

Bayer. Bauernverband	Geschäftsstelle Unterfranken	Würzburg
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr		Bonn
Deutsche Post AG	Bau- und Immobilien Center Süd-Ost	Nürnberg
Direktion für ländliche Entwicklung		Würzburg
Ev.-Luth.-Kirche	Dekanat Kitzingen	Kitzingen
Ferngas Nordbayern		Nürnberg
Fernwasserversorgung Franken		Uffenheim
Fränkisches Überlandwerk AG		Nürnberg
Freiwillige Feuerwehr Kitzingen	Herrn Stadtbrandinspektor Ungerer	Kitzingen
Gemeinde Schwarzach	Gemeinde Hörblach	Schwarzach
Kath. Pfarramt St. Johannes		Kitzingen
Kommunalgas Nordbayern		Bamberg
Kompetenzzentrum für Baumanagement - BAIUDBw	Referat K 4	München
Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.		Hilpoltstein
Landesjagdverband Bayern e.V.		Feldkirchen
Landratsamt Kitzingen	Herrn Kreisbrandrat Roland Eckert	Kitzingen
PLEdoc GmbH		Essen
Regierung von Unterfranken	Gewerbeaufsichtsamt Würzburg	Würzburg
Regionaler Planungsverband		Karlstadt/Main
Stadt Kitzingen	SG 63 Tiefbau	Kitzingen
Stadt Kitzingen	SG 30 Ordnungsamt	Kitzingen
Stadtheimatpfleger	Dr. Harald Knobling	Kitzingen
Vermessungsamt Würzburg	Außenstelle Kitzingen	Kitzingen
VG Kitzingen	Gemeinde Sulzfeld	Kitzingen
VG Marktbreit	Stadt Marktstett	Marktbreit

Anregungen und Hinweise:

Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben Anregungen und Hinweise vorgebracht (s. nachfolgende Tabelle):

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweise:

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
1. Deutsche Telekom Technik GmbH, vom 27.10.2014 (Eingang: 29.10.2014)	
In Ihrer Stellungnahme teilt die Deutsche Telekom Technik GmbH mit, dass gegen die 2. Änderung des Bebauungsplans „Hoheim – Frohstökheimer Straße“ keine Einwände bestehen.	Zur Kenntnis genommen.
2. N-ERGIE Netz GmbH, vom 04.11.2014 (Eingang per Email: 06.11.2014)	
Die N-ERGIE Netz GmbH teilt die Kenntnisnahme der übersandten Planunterlagen mit. Nach Einsicht in die Unterlagen wird festgestellt, dass keine Anlagen der N-ERGIE Netz GmbH im Geltungsbereich vorhanden oder geplant sind. Die zugesandten Unterlagen werden zu den Akten genommen.	Zur Kenntnis genommen.
3. Markt Großlangheim, vom 05.11.2014 (Eingang: 07.11.2014)	
Der Marktgemeinderat Großlangheim hat in seiner Sitzung vom 04.11.2014 gegen den vorgelegten Bebauungsplanentwurf keine Einwände erhoben. Ein Beschlussbuchauszug wurde Kenntnisnahme übersandt.	Zur Kenntnis genommen.
5. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen, vom 28.10.2014 (Eingang: 03.11.2014)	
<p>Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weist in seiner Stellungnahme auf den benachbarten inhabergeführten Gärtnereibetrieb (Gärtnerei Fell) auf Flst Nr. 97 hin. Dieser befindet sich direkt östlich angrenzend an den Geltungsbereich der Planänderung.</p> <p>Für den alteingesessenen Gartenbaubetrieb muss Bestandsschutz gelten. Künftige Bauherren auf dem vom Bebauungsplan betroffenen Teil des Flurstücks Nr. 97 müssen sich der für einen Gartenbaubetrieb üblichen Auswirkungen/ Tätigkeiten, die betriebsnotwendig sind, bewusst sein:</p> <p>Das Öffnen und Schließen der Lüftungseinrichtungen während der Tag- und Nachtstunden, die Beheizung der Gewächshäuser erfolgt z.T. über Luftheritzer, die Ausführung von Pflanzenschutzmaßnahmen in den bewirtschafteten Ge-</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Durch die Änderung des Bebauungsplanes ändert sich am Bestandsschutz des Gärtnereibetriebes nichts. Als Art der zulässigen Nutzung bleibt weiterhin ein Dorfgebiet gem. § 5 BauNVO festgesetzt. Entsprechende Gärtnerei-Betriebe sowohl innerhalb des Änderungsbereichs wie auch im übrigen Geltungsbereich sind weiterhin zulässig. Insofern müssen ggf. mit diesen Nutzungen auftretende Immissionen durch die benachbarten Bewohner im Geltungsbereich hingenommen werden. Das Rücksichtnahmegebot wird dadurch nicht verletzt.</p>

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
wächshäusern/ auf gärtnerisch genutzten Freilandflächen, Kulturarbeiten jahreszeitlich begrenzt auch während der Morgen- und Abendstunden erforderlich, Anlieferung von Pflanzen/ gärtnerischer Handelsware auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten, Kompostlagerung und -aufbereitung auf Freilandflächen.	
7. Regierung von Unterfranken, höhere Landesplanungsbehörde, vom 17.11.2014 (Eingang per Email: 18.11.2014)	
<p>Aus raumordnerischer Sicht bestehen seitens der Regierung von Unterfranken, höhere Landesplanungsbehörde, keine Einwände gegen den Änderungsentwurf.</p> <p>Es wird der Hinweis vorgebracht, dass sich der Änderungsbereich nach vorliegenden Planungs- und Bestandskartenwerk bei der Regierung von Unterfranken im Bauschutzbereich des ehem. Militärflugplatzes Kitzingen befindet. Ggf. muss mit einem beschränkten Bauschutzbereich nach § 17 LuftVG gerechnet werden. Beteiligung des Luftamts Nordbayern wird empfohlen.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Luftamt Nordbayern wurde als Träger öffentlicher Belange ebenfalls am Verfahren beteiligt.</p>
8. Landratsamt Kitzingen, vom 20.11.2014 (Eingang per Email: 20.11.2014)	
<p>Das Landratsamt Kitzingen teilt in seiner gebündelten Stellungnahme der Fachbehörden Folgendes mit:</p> <p><u>1) ÖPNV</u> Keine Einwände.</p> <p><u>2) Gesundheitsamt</u> Keine Anmerkungen.</p> <p><u>3) Technischer Umweltschutz</u> Es scheint so, dass der Geltungsbereich der mit dem Bebauungsplan abgedeckten Flächen nur unwesentlich verändert wird – lediglich in Verlängerung eines 30 m breiten Grundstücks kommt ein kleiner Streifen von 10 m hinzu, der aber auch weiterhin nicht bebaut werden soll. Ob mit den insgesamt beabsichtigten Planänderungen die Grundzüge der Planung dermaßen berührt werden, dass nunmehr Belange des Immissionsschutzes neu zu betrachten sind, ist</p>	<p>Zu1) Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu 2) Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu 3) Die Änderung des Geltungsbereichs ist im Vergleich zur bisherigen Fassung in der Tat nur geringfügig und dient vor allem der Klarstellung im Hinblick auf tatsächliche Grundstücksgrenzen. Auch die Ausweisung eines neuen Baufters auf Flur-Nr. 95/1 bzw. die Anpassung der bisherigen Baugrenzen lässt keine Verschärfung der Beeinträchtigung durch Immissionen befürchten. Durch die in ca. 70 m Entfernung befindliche Kreisstraße KT 13 ist nur eine geringe</p>

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
<p>bauplanungsrechtlich zu entscheiden. Sollte dies der Fall sein, wäre zumindest auf den einwirkenden Verkehrslärm einzugehen.</p> <p>Tierhaltungen mit maßgeblichen Emissionen, insbesondere Gerüche, die den zu ändernden Planbereich beeinträchtigen könnten, sind hier nicht bekannt.</p> <p><u>4) Untere Naturschutzbehörde</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Am südwestlichen Ortsrand von Hoheim soll ein bestehendes Baugebiet geändert werden. Der Ortsrand wird sich durch die neue Bebauung weiter nach außen verschieben. Dieser Umstand wurde in der Begründung erkannt und durch entsprechende Festsetzungen geregelt. • Es liegt eine Begründung zum Bebauungsplan mit integrierter Grünordnung vor. Ein Umweltbericht und Aussagen zum Artenschutz wurden nicht veranlasst. Es handelt sich hier um ein beschleunigtes Verfahren zur Innenentwicklung nach § 13a BauGB. <p>Die „grüngestalterischen Festsetzungen“ (II.12) können die negativen Veränderungen weitgehend kompensieren. So wird es dringend für erforderlich gehalten im Süden und Westen (Flur-Nr. 95) des Änderungsbereichs – wie geplant – auf einem mind. 2 m bzw. 4 m breiten Grünstreifen frei wachsende Hecken, bestehend aus standortheimischen Bäumen und Sträuchern, anzulegen. Die Anpflanzung von Thujahecken und anderen fremdländischen Pflanzen oder Nadelgehölzen sind zu unterbinden.</p> <p>Die grünordnerischen Festsetzungen sind nach den Vorgaben des Bebauungsplanes umzusetzen und zu überwachen.</p> <p><u>Zu beachten ist auf jeden Fall das Artenschutzrecht.</u> Hierzu wurden keine Aussagen getroffen. Es ist deshalb kurz auf die Prüfung des § 44 BNatSchG einzugehen. Auf jeden Fall ist zu gewährleisten, dass Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht eintreten können. Die ist i.d.R. der Fall, wenn gewährleistet werden kann, dass Baumaßnahmen nur außerhalb der Brutzeit</p>	<p>Vorbelastung vorhanden, ein Heranrücken mit neuer Bebauung findet aber nicht statt. Ebenso liegt die B 8 ca. 400 m südlich des Geltungsbereichs, so dass auch von dort keine relevanten Immissionen zu erwarten sind. Es wird dennoch die Empfehlung ausgesprochen, Schlafräume nach Norden bzw. auf die zu diesen Emissionsquellen abgewandte Gebäudeseite auszurichten.</p> <p>Durch die Festsetzung eines Dorfgebietes sind – wie auch im umgebenden Bestand – analog zu Mischgebieten entsprechende Lärmwerte tags/nachts mit erhöhten Pegeln gegenüber einem allgemeinen oder reinen Wohngebiet zulässig.</p> <p>Zu 4) Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aus der Stellungnahme zu den „grüngestalterischen Festsetzungen“ ergibt sich kein Anpassungsbedarf.</p> <p>Es wurde klarstellend der Hinweis in die Festsetzungen aufgenommen, dass Thujahecken und andere fremdländische Gehölze ebenso wie Nadelgehölze ausdrücklich nicht zulässig sind. Die Pflanzliste gibt ein breites Spektrum an heimischen Gehölzarten vor, mit denen eine fachgerechte Begründung der Grundstücke möglich ist.</p> <p>Bei der Ortsbegehung im Zuge der Bestandserhebung für die Eingriffs-/ Ausgleichsmaßnahmen haben sich vor Ort keine Erkenntnisse auf das Vorhandensein von geschützten Arten ergeben. Es handelt sich weitgehend um bereits bebauten und vor allem zu Wohnzwecken genutzte Grundstücke. Flächen, die potenziell ein erhöhtes Vorkommen aufweisen dürften (z.B. extensiv genutzte</p>

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
<p>begonnen und zügig durchgeführt werden.</p> <p>Wichtig ist auch die Vorschrift des § 39 Abs. 5 BNatSchG, dass Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze (außer Bäume) nur im Winterhalbjahr (vom 01.10. bis 28.02.) abgeschnitten oder auf Stock gesetzt werden dürfen. Dies gilt auch in Baugebieten. Es sind in einem Hausgarten im Sommerhalbjahr nur schonende Form- und Pflegeschnitte erlaubt.</p>	<p>Grünflächen, Brachen) befinden sich nicht mehr im Geltungsbereich.</p> <p>In der Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplans wird daher folgender Passus ergänzt:</p> <p>"Der Stadt Kitzingen liegen keine Informationen über das Vorhandensein besonders geschützter Arten gemäß § 44 BNatSchG im Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung vor. In jedem Fall sind bei Bauvorhaben im Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung die Vorschriften der §§ 39 und 44 BNatSchG zu beachten. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten können."</p> <p>Der Hinweis auf die Vorschrift des § 39 Abs. 5 BNatSchG wird unter Ziff. II.10 nachrichtlich in die Festsetzungen aufgenommen.</p>
<p>9. IHK Würzburg-Schweinfurt, vom 18.11.2014 (Eingang: 19.11.2014)</p>	
<p>Hinsichtlich des vorgelegten Planvorhabens der Stadt Kitzingen hat die IHK Würzburg-Schweinfurt vor dem Hintergrund der durch sie zu vertretenden Belange der gewerblichen Wirtschaft keine Bedenken vorzubringen.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>
<p>10. L.K.W. Kitzingen, vom 18.11.2014 (Eingang: 19.11.2014)</p>	
<p>Die L.K.W. Kitzingen dankt für die Beteiligung am Verfahren und teilt Folgendes mit:</p> <p>Der Energiebedarf der zukünftigen Anwesen wird über die vorhandene Netzstruktur in der Erschließungsstraße „Ziegelbergstraße“ zur Verfügung gestellt.</p> <p>Die durch das öffentliche Trinkwassernetz bereitgestellte Löschwassermenge ist an den vorhandenen Ausspeisepunkten (Unter- und Überflurhydranten) auf maximal 96 m³/h begrenzt.</p> <p>In der Begründung zum Bebauungsplan wird auf das vorhandene „Leitungsrecht einschließlich eines Schutzstreifens“ zu Gunsten des Leitungseigentümers hingewiesen. Hier ist insbesondere darauf zu achten, dass bau- und betriebsbedingte Handlungsweisen keinen negativen Einfluss auf die vorhandene Versorgungsleitung nehmen.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
11. Regierung von Oberfranken, Bergamt Nordbayern, vom 20.11.2014 (Eingang: 24.11.2014)	
<p>Wie das Bergamt Nordbayern in seiner Stellungnahme mitteilt, ging im Bereich der Stadt Kitzingen früher reger Kalksteinbergbau um. Das Vorhandensein nicht risskundiger Grubenbaue kann nicht ausgeschlossen werden. Es wird gebeten, beim Baugrubenaushub auf Anzeichen alten Bergbaus (altes Grubenholz, künstliche Hohlräume, Mauerungen etc.) zu achten, um dies bei der Bauausführung berücksichtigen zu können. Werden Hinweise auf alten Bergbau angetroffen, ist das Bergamt Nordbayern zu verständigen.</p> <p>Vorsorglich weist das Bergamt darauf hin, dass das geplante Vorhaben innerhalb des Bewilligungsfeldes „Kitzingen“ verliehen auf Steinsalz und Sole liegt. Zum Schutz dieser Steinsalzlagerstätte im Mittleren Muschelkalk sind hier jegliche Bohrungen nur bis zu einer Teufe von 90 m zulässig.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein Entsprechendes Hinweis auf das mögliche Vorkommen ehemaligen Bergbaus und den Schutz der Steinsalzlagerstätten wird in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p>
12. Bund Naturschutz e.V, Kreisgruppe Kitzingen, vom 24.11.2014 (Eingang per Email: 24.11.2014)	
<p>Der BUND Naturschutz in Bayern e.V., Kreisverband Kitzingen, bedankt sich für die Beteiligung am Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans und äußert dazu keine Bedenken oder Anregungen.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>
13. Stadt Mainbernheim, vom 20.11.2014 (Eingang per FAX: 24.11.2014)	
<p>Der Stadtrat der Stadt Mainbernheim hat in öffentlicher Sitzung am 20.11.2014 über die Vorlage zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 „Hoheim - Fröstockheimer Straße“ beraten und Folgendes beschlossen:</p> <p>Belange der Stadt Mainbernheim sind nicht betroffen, so dass keine Einwendungen gegen die Bebauungsplanänderung veranlasst sind.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>
14. Kreisjugendring Kitzingen, vom 25.11.2014 (Eingang: 26.11.2014)	
<p>Der Kreisjugendring bedankt sich für die Beteiligung am Planänderungsverfahren und teilt aus seiner Sicht hinsichtlich der Belange von Kindern und Jugendlichen folgendes vor:</p> <p>In der Pflanzliste unter Punkt V sollten keine für Kinder giftigen Pflanzen auftauchen, wie z.B. Eberesche, Wolliger Schneeball oder Liguster. Diese sind durch nichtgiftige Pflanzen zu ersetzen.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es bestehen seitens der Stadt Kitzingen keine Bedenken, die insbesondere für Kinder als giftig einzustufenden Pflanzen aus der Pflanzliste herauszunehmen. Ersatzweise benennt die Pflanzliste zahlreiche nichtgiftige Alternativen zur Bepflanzung der Grundstücke.</p>

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
15. Handwerkskammer für Unterfranken, vom 25.11.2014 (Eingang: 27.11.2014)	
Aus Sicht der Handwerkskammer Unterfranken ergeben sich nach Durchsicht der übersandten Unterlagen keine Anregungen gegenüber dem Vorhaben.	Zur Kenntnis genommen.
16. Gemeinde Rödelsee, vom 26.11.2014 (Eingang: 27.11.2014)	
Das Schreiben der Stadt Kitzingen wurde zur Kenntnis genommen. Gegen das Vorhaben bestehen keine Einwände.	Zur Kenntnis genommen.
17. Bayernwerk AG, vom 27.11.2014 (Eingang: 28.11.2014)	
Die Bayernwerk AG dankt für die Beteiligung am Verfahren und teilt mit, dass sich in Hoheim keine Strom- und Gasanlagen des Unternehmens befinden. Somit bestehen keine Einwände gegen die Änderung des Bebauungsplans. Es wird darauf hingewiesen, sich bezüglich wegen einer Stellungnahme auch an den örtlichen Energieversorger zu wenden.	Zur Kenntnis genommen. Der örtliche Energieversorger L.K.W. Kitzingen wurde am Verfahren beteiligt (s. oben Ziff. 10).
18. Amt für ländliche Entwicklung Unterfranken, vom 27.11.2014 (Eingang: 01.12.2014)	
Wie das Amt für ländliche Entwicklung Unterfranken in seiner Stellungnahme mitteilt, bestehen keine Bedenken gegen den vorgelegten Bebauungsplan-Entwurf. Nach dem Arbeitsprogramm des Amtes für ländliche Entwicklung Unterfranken ist für das Plangebiet kein Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz vorgesehen.	Zur Kenntnis genommen.
19. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, vom 13.11.2014 (Eingang: 02.12.2014)	
Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege dankt für die Beteiligung am Verfahren und teilt Folgendes in seiner Stellungnahme mit: <u>Bodendenkmalpflegerische Belange</u> Wie das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (LfD) mitteilt, bestehen nach bisherigem Kenntnisstand gegen die vorliegende Planung keine Einwände. Dennoch weist das LfD darauf hin, dass eventuell zu Tage tretende Boden-	Zur Kenntnis genommen. Entsprechende Hinweise sind in den textlichen Festsetzungen bereits enthalten.

Stellungnahme mit Vorgaben/ Anregungen/ Hinweisen	Abwägungsvorschlag
<p>denkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (Dienststelle Schloss Seehof, 96117 Memmelsdorf, Tel. 0951-4095-0, Fax 0951-4095-30) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 DSchG unterliegen.</p> <p><u>Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange</u></p> <p>Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege werden, soweit aus den Unterlagen ersichtlich, durch die Planänderung nicht berührt.</p>	

B. Öffentlichkeit

Von Seiten der Öffentlichkeit bzw. Bürgerinnen und Bürgern wurden im Rahmen der Offenlage keine Stellungnahmen, Anregungen oder Hinweise vorgebracht.

* * *